



AUSGABE 58
Dezember 2008

ANALYSEN & ARGUMENTE

Die Finanzkrise aus Sicht der Wahlforschung Auswirkungen auf die Grundhaltung zur Sozialen Marktwirtschaft

von Helmut Jung (ext.)

Die Finanzkrise wird auch am Wähler nicht spurlos vorbei gehen. Bereits jetzt lässt sich ein Stimmungswandel in der Bevölkerung beobachten. Die vorliegende Studie liefert eine fundierte Bestandsaufnahme zur Wahrnehmung der Krise und des Krisenmanagements durch die breite Bevölkerung. Die demoskopischen Befunde zeigen zwar positive Reaktionen auf das schnelle Eingreifen der Politik, aber auch ein sinkendes grundsätzliches Vertrauen in das Bankensystem, sowie in das Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft. Letzteres wieder herzustellen wird vor allem mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl 2009 eine entscheidende Herausforderung für die parlamentarische Demokratie sein.

Ansprechpartner

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 50
E-Mail: michael.borchard@kas.de

Postanschrift

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-940955-48-7



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | 1. EINLEITUNG

3 | 2. DAS ÖKONOMISCHE MEINUNGSKLIMA VOR UND SEIT DER
FINANZKRISE

5 | 3. WAHRNEHMUNGEN DER FINANZKRISE

3.1 *Relevanz und Betroffenheit* 5

3.2 *Einflussmöglichkeiten und Bewertung des Krisenmanagements
der Politik* 7

3.3 *Akzeptanz von Lösungsansätzen und -vorschlägen* 7

3.4 *Auswirkungen auf politische Einstellungen* 8

10 | 4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND LEHREN

10 | DER AUTOR



1. EINLEITUNG

Die internationale Banken- und Finanzkrise ist in den vergangenen Wochen und Monaten weltweit zu einem der vorrangigsten Probleme auf der politischen Agenda avanciert. Sie hat in der Endphase der Präsidentschaftswahlen in den USA alle anderen Themen überlagert und wegen der traditionellen Kompetenzvorsprünge der Demokraten gegenüber den Republikanern bei Wirtschafts- und Finanzthemen entscheidend zum Wahlsieg Barack Obamas beigetragen. Will man die Auswirkungen der Finanzkrise auf Einstellungen und Verhaltensabsichten der Wähler in Deutschland bewerten, muss die Entwicklung der öffentlichen Meinung vor dem Hintergrund des Verlaufs der Diskussion der Finanzkrise in Deutschland mit teils sehr unterschiedlichen Themenschwerpunkten gesehen werden.

So gab es in Deutschland im Sommer 2008 zuerst nur eine Reihe von Medienberichten über die amerikanische Immobilienkrise, ohne dass deren Auswirkungen auf Deutschland klar und im heutigen Umfang erkennbar geworden wären. Erst danach dominierten Berichte über Bankenpleiten und über drohende Bankeninsolvenzen in Deutschland einschließlich der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft die Titelseiten der Zeitungen sowie zahlreiche Nachrichten- und Diskussionsformate der elektronischen Medien.

Nach der Verabschiedung eines umfangreichen „Rettungspakets“ durch die Bundesregierung, das den deutschen Banken in der „schlimmsten Finanzkrise seit Jahrzehnten“ (Finanzminister Peer Steinbrück) finanziellen Rückhalt verschaffen sollte, verlagerte sich die Diskussion. In der dritten Diskussionsphase wurden nunmehr verstärkt Fragen nach den Schuldigen der Krise, den Rahmenbedingungen für staatliche Hilfe sowie den Konsequenzen im Hinblick auf eine stärkere staatliche Kontrolle des Finanzsystems gestellt.

Angesichts immer negativer werdender Rezessionsszenarien für das Jahr 2009 fokussierte sich zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags die Diskussion in der veröffentlichten und der öffentlichen Meinung Deutschlands jetzt auf Art und Umfang eines allgemein als notwendig erachteten Konjunkturprogramms. In der vierten Phase der Diskussion ging es somit primär um die Auswirkungen der Krise für Unternehmen und Privatpersonen. Dabei steht die Frage im Vordergrund, ob und wie durch Steuererleichterungen oder staatliche Investitionen Probleme abgefedert werden können und ein Abgleiten in eine Rezession zu verhindern ist.

In diesem Beitrag, der sich bewusst auf die Sicht der Finanzkrise durch die Wähler bzw. die wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands beschränkt, sollen folgende grundlegende Fragestellungen behandelt werden:

- Welchen Einfluss hatte die Finanzmarktkrise bis jetzt auf die allgemeinen ökonomischen Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung?
- Welche Bedeutung misst die Bevölkerung der Krise kurz- und langfristig bei? Überwiegen im Hinblick auf die Zukunft zuversichtliche Einschätzungen oder existieren womöglich massive Ängste und Sorgen?
- Welche Lösungsansätze und -vorschläge für die Krise finden in der Bevölkerung Akzeptanz, welche Maßnahmen werden kritisch bis ablehnend betrachtet?
- Wird der Politik die Bewältigung der Krise grundsätzlich zugetraut? Wie wird das Krisenmanagement von verschiedenen politischen Akteuren und Parteien beurteilt? Wie werden dabei die grundsätzlichen Einflussmöglichkeiten der Politik eingeschätzt?
- Verändert die Krise politische Einstellungen? Hat sich die Zustimmung zu bestimmten wirtschaftspolitischen Forderungen und Maßnahmen sowie die Sicht auf das Wirtschaftssystem verändert? Gibt es Zusammenhänge zwischen der Sicht der Wirtschaftskrise und dem Wahlverhalten?
- Lassen sich bereits heute aus der Finanzmarktkrise und ihrer Wahrnehmung durch die Wähler erste Schlussfolgerungen oder Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten?

Die in diesem Beitrag genutzten empirischen Befunde basieren weitgehend auf Umfrageergebnissen, die von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten erhoben wurden. Diese Umfragen sind, sofern nicht anders ausgewiesen, durchweg repräsentativ für die erwachsene, wahlberechtigte Bevölkerung Deutschlands. Darüber hinaus werden auch Ergebnisse der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH (GMS) aus qualitativen Untersuchungen – in der Regel *Focus Groups* – genutzt, die ergänzend zusätzliche Aufschlüsse über Ursachen und Motivationen einzelner Sichtweisen vermitteln.

2. DAS ÖKONOMISCHE MEINUNGSKLIMA VOR UND SEIT DER FINANZKRISE

Wegen der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Einstellungen und Erwartungen einerseits und dem Wahlverhalten andererseits werden Fragen zur Sicht der allgemeinen und der eigenen Wirtschaftslage grundsätzlich und auch fernab von ökonomischen Krisen erhoben. Betrachtet man die langfristigen Trends bei der Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage seit 1997, wird erkennbar, dass – von kurzen Phasen abgesehen – die negativen Urteile regelmäßig die positiven Sichtweisen mehr oder weniger stark überwiegen (siehe Abbildung 1, Seite 4).

Die beiden Ausnahmen betreffen zum einen die Boom-Phase der New Economy in den Jahren 2000 und 2001 vor dem



Plätzen der Spekulationsblase, wo trotz hoher Arbeitslosigkeit die positiven Einschätzungen negative Urteile knapp überwogen. Eine zweite Entspannung des ökonomischen Meinungsklimas gab es nach der Bundestagswahl 2005 auf Grund sinkender Arbeitslosenzahlen und deutlichen Wirtschaftswachstums in den Jahren 2006 und 2007. Und dies trotz weit verbreiteter Vorbehalte der Wähler, dass die positiven wirtschaftlichen Entwicklungen weitgehend ohne Auswirkungen auf die eigene Situation geblieben waren. Schon

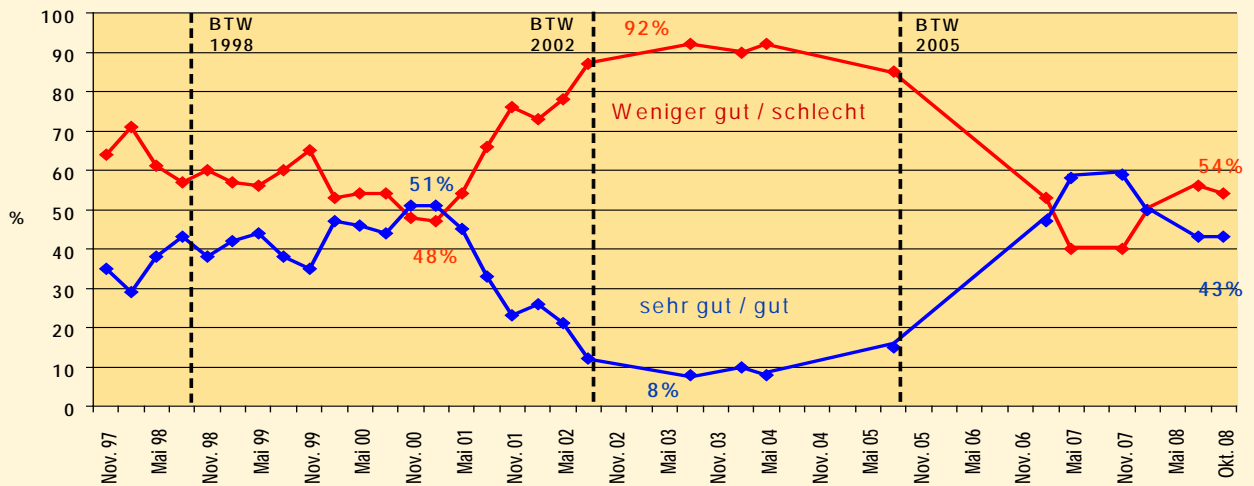
zum Ende des Jahres 2007 wurden die Konjunkturprognosen vor allem wegen der Entwicklungen in den USA zunehmend negativer und Berichte über schlechte wirtschaftliche Kennziffern entsprechend häufiger. Ende 2007 hielten sich positive und negative Sichtweisen in etwa die Waage. Seit Mai 2008 – und somit deutlich vor dem Bekanntwerden der Finanzkrise überwogen die negativen wieder deutlich die positiven Urteile (54 Prozent zu 43 Prozent).

Abbildung 1

GMS

Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland

- Krisenwahrnehmung tritt nach einer Phase der deutlichen Entspannung des Wirtschaftsklimas in den Jahren 2006 und 2007 ein*



* Quelle: Infratest dimap Deutschlandtrend Oktober 2008

Die internationale Finanzkrise fiel somit in eine bereits begonnene Phase einer signifikanten Verschlechterung des ökonomischen Meinungsklimas mit der Gefahr eines daraus resultierenden Verstärkereffekts. Bei einem Fortdauern der Krise und entsprechenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft trotz entschlossenen Handelns der Bundesregierung ist nicht auszuschließen, dass das Wirtschaftsklima wieder auf das Niveau der Jahre 2002 bis 2005 fallen kann. In diesem Zeitraum hatten wiederholt mehr als 90 Prozent der Befragten negative Einschätzungen der Wirtschaftslage abgegeben (siehe Abbildung 1).

Die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage bewertet inzwischen nur noch gut jeder Sechste (16 Prozent) positiv, jeder Vierte (25 Prozent) hingegen eindeutig negativ. Die meisten Befragten (58 Prozent) geben bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation ambivalente Urteile (teils/teils) ab (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, siehe Tabelle 1, Seite 5). Bei einer leicht veränderten Fragestellung mit vier Antwortkategorien (sehr gut / gut / weniger gut / schlecht) ergibt sich ebenfalls ein ambivalentes Stimmungsbild, bei dem die negativen Einschätzungen allerdings überwiegen (siehe Abbildung 1).

Die Umfragedaten der letzten Wochen belegen, dass die Banken- und Finanzkrise bei den Einschätzungen der Wirtschaftslage bereits zum jetzigen Zeitpunkt ihre Spuren hinterlassen hat. Vor allem die ökonomischen Zukunftserwartungen, teilweise aber auch die Einschätzungen der allgemeinen und der persönlichen Wirtschaftslage, haben sich im Vergleich zu den Vormonaten deutlich verschlechtert. Das ökonomische Meinungsklima in Deutschland bewegt sich somit wieder auf einem ausgesprochen angespannten Niveau.



Tabelle 1

GMS

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im November 2008

FGW Pollibarometer - Prozentwerte (Differenzen zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe)

	Nov. 08 KW 45	KW 45- KW 43	Okt. 08 II KW 43	Okt. 08 I KW 41	Sept. 08 KW 37
Allgemeine wirtschaftliche Lage					
gut	16	-2	18	18	20
teils/teils	58	+3	55	55	58
schlecht	25	-1	26	26	22
Index ¹⁾	-9	-1	-8	-8	-2
Ökonomische Zukunftserwartung					
aufwärts	8	+1	7	7	13
teils/teils	32	-5	37	35	49
abwärts	59	+5	54	55	36
Index ²⁾	-51	-4	-47	-48	-23
Eigene wirtschaftliche Lage					
gut	46	+2	44	40	45
teils/teils	44	+1	43	45	44
schlecht	10	-3	13	14	12
Index ¹⁾	+36	+5	+31	+26	+33

1) Index: gut – schlecht
2) Index: aufwärts – abwärts

Insgesamt fallen die Bewertungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage angesichts der sich seit Wochen häufenden Katastrophenmeldungen noch erstaunlich moderat aus. Dies hängt offenbar damit zusammen, dass mögliche Folgen der Krise weitgehend noch nicht bei den Wählern angekommen sind. Dafür sind die Bewertungen der Zukunftserwartungen umso negativer. So sind die Beurteilungen der zukünftigen Wirtschaftsentwicklungen im Oktober 2008 auf den tiefsten Stand seit März 2003 gefallen. Mittlerweile geht nur noch ein sehr geringer Anteil der Deutschen (8 Prozent) von einem Aufwärtstrend aus. Eine klare Mehrheit (59 Prozent) erwartet hingegen eine Verschlechterung der Lage, 32 Prozent haben gemischte Erwartungen (teils auf- / teils abwärts) (siehe Tabelle 1).

Bei der Beurteilung der *eigenen wirtschaftlichen Lage* hingegen spielen die Auswirkungen der Finanzkrise bisher offenbar nur eine begrenzte Rolle: Fast die Hälfte der Bundesbürger (46 Prozent) bewertet ihre persönliche Situation als gut. Die Werte für ambivalente Urteile (teils/teils, 44 Prozent) und negative Einschätzungen (10 Prozent) haben sich in den vergangenen Monaten kaum verändert (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen). Für die *persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Jahr* erwarten allerdings nur acht Prozent der Deutschen eine Verbesserung. 54 Prozent gehen davon aus, dass sich an der eigenen Situation nichts verändern wird, 37 Prozent sehen für den Verlauf des nächsten Jahres eine Verschlechterung voraus (Quelle: TNS Forschung).

Unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Stimmungsindikatoren spricht vieles dafür, dass sich das ohnehin bereits

eingetrübte und zudem äußerst volatile ökonomische Meinungsklima in den kommenden Monaten weiter verschlechtern wird. Natürlich wird diese Entwicklung wesentlich davon abhängen, ob das „Rettungspaket“ und das geplante Konjunkturprogramm der Bundesregierung greift und welche der befürchteten negativen wirtschaftlichen Entwicklungen im Verlauf des nächsten Jahres tatsächlich eintreten. Bisher haben die Bundesbürger auf die vielen negativen Meldungen zumindest bei der Einschätzung der gegenwärtigen allgemeinen und eigenen Lage eigentlich noch erstaunlich gelassen reagiert. Die wieder auf dem Tiefstand von 2003 angekommenen negativen Zukunftsperspektiven geben allerdings Anlass zur Sorge, weil diese im Regelfall sowohl für das Konsum- als auch für das Wahlverhalten bedeutsamer sind als die Sicht der Gegenwart.

3. WAHRNEHMUNGEN DER FINANZKRISE

3.1 Relevanz und Betroffenheit

Dass die internationale Banken- und Finanzkrise den Deutschen erkennbare Sorgen bereitet, wird auch bei den Antworten auf die Frage nach den wichtigsten politischen Problemen und Aufgaben in Deutschland erkennbar. Wenn man die Nennungshäufigkeiten für die genannten Sachthemen als Indikator für Relevanz oder Betroffenheit betrachtet, wird im Zeitvergleich mit den letzten Monaten eine deutliche Verschiebung der Themenschwerpunkte erkennbar (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2

GMS

Die wichtigsten Sachthemen im November 2008

FGW Pollibarometer - Prozentwerte (Mehrfachnennungen)

	Nov. 08 KW 45	KW 45- KW 43	Okt. 08 II KW 43	Okt. 08 I KW 41	Sept. 08 KW 37
Arbeitslosigkeit	43	+12	31	32	44
Banken- und Finanzkrise ¹⁾	39	-10	49	49	-
Kosten / Preise / Löhne ¹⁾	16	+1	15	18	26
Wirtschaftslage ¹⁾	13	+6	7	5	7
Soziales Gefälle ²⁾	9	-3	12	6	11
Politik(er)verdruss	9	+1	8	13	12
Bildung / Schule ³⁾	7	-6	13	7	11
Steuern/Steuererhöhung ¹⁾	5	+1	4	-	7
Rente / Alterssicherung ²⁾	5	-1	6	6	6
Familie / Jugend / Kinder ³⁾	5	-1	6	5	6
Bündelung verwandter Themen					
	Nov. 08 KW 45	KW 45- KW 43	Okt. 08 II KW 43	Okt. 08 I KW 41	Sept. 08 KW 37
Wirtschaftspolitik*	73	+5	68	72*	40*
Arbeitslosigkeit	43	+12	31	32	44
Sozialpolitik	14	-4	18	12	17
Familie / Jugend / Bildung	12	-7	19	12	17

1) Wirtschaftspolitisches Thema
2) Sozialpolitisches Thema
3) Thema „Familie / Jugend / Bildung“

* Einzelthema „Steuern/Steuererhöhung“ wegen geringerer Nennungshäufigkeit nicht im Themenkomplex „Wirtschaftspolitik“ enthalten



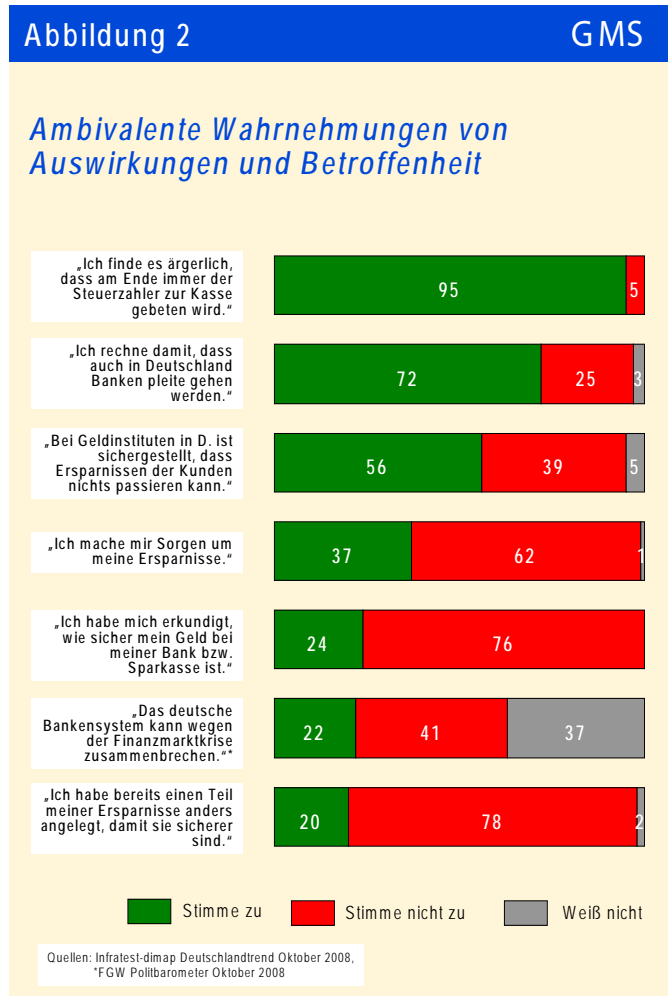
- Demnach stellt die Banken- und Finanzkrise, die im September noch gar nicht im Katalog der wichtigsten Themen enthalten war, inzwischen in der Wahrnehmung der Bevölkerung eines der wichtigsten Themen auf der politischen Agenda dar. Mit 49 Prozent der Nennungen landete dieses Thema Anfang Oktober aus dem Stand heraus auf Platz eins der Liste der wichtigsten Sachthemen (siehe Tabelle 2). Obwohl die Krise nach den staatlichen Rettungsaktionen im November wieder an Relevanz verloren hat, ist davon auszugehen, dass die Relevanz des Themas auch weiterhin hoch bleiben wird.

Bedeutsam ist aber nicht nur die Tatsache, dass die Krise selbst, sondern auch mögliche Folgewirkungen der Krise antizipiert werden und dazu führen, dass soziale Themen und die Bildungspolitik deutlich unwichtiger geworden sind, während Wirtschaftspolitik und vor allem die Arbeitslosigkeit erheblich an Relevanz gewonnen haben. Sollten die derzeit diskutierten negativen Folgen der Bankenkrise im nächsten Jahr tatsächlich eintreten, ist davon auszugehen, dass die Agenda der Bundestagswahl im nächsten Jahr fast ausschließlich von den Themen Wirtschaft und Arbeit geprägt werden wird.

Die hohe Relevanz des Themas und das damit verbundene Ausmaß der Beunruhigung ist auch daran erkennbar, dass nur zwei Prozent der Deutschen glauben, dass die Krise Deutschland kaum betrifft. Ebenfalls verschwindend gering ist der Anteil derjenigen, die nach eigener Aussage nicht beunruhigt sind (drei Prozent) (Quelle: IfD Allensbach). Fast jeder Dritte (63 Prozent) glaubt hingegen, dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht (Quelle: Infratest-dimap). Bei der Wahrnehmung der Krise machen die Bundesbürger allerdings zwischen persönlicher Betroffenheit und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erhebliche Unterschiede (siehe Abbildung 2, rechte Spalte).

So rechnen knapp drei Viertel der Deutschen damit, dass auch in Deutschland weitere Banken Pleite gehen werden. Ferner glauben 68 Prozent, dass die Arbeitslosigkeit infolge der Finanzkrise wieder ansteigen wird (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen). Einen Zusammenbruch des deutschen Bankensystems wegen der Krise befürchtet allerdings nur etwa jeder Fünfte. Zudem fühlen sich „nur“ 22 Prozent von den Entwicklungen auf den Finanzmärkten persönlich betroffen (Quelle: GfK). Dementsprechend macht sich auch „nur“ eine allerdings beachtliche Minderheit von 37 Prozent der Befragten derzeit Sorgen um persönliche Ersparnisse.

Dennoch ist das Vertrauen der Bürger zu ihren Banken durch die Finanzkrise in erheblichem Umfang beschädigt. Lediglich 23 Prozent vertrauen darauf, dass deutsche Banken überwiegend unverletzliche Risiken meiden. Bezogen auf die eigene Hausbank äußert zwar gut jeder Zweite (52 Prozent) ein sol-



ches Vertrauen, aber immerhin 34 Prozent haben nur ein eingeschränktes Vertrauen (Quelle: IfD Allensbach).

Insgesamt wird deutlich erkennbar, dass die Finanzkrise mit den damit verbundenen negativen Folgewirkungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt für die meisten Bundesbürger hohe Relevanz besitzt, obwohl man nicht immer befürchtet, persönlich direkt davon betroffen zu sein. Diese Einschätzung wird auch durch Ergebnisse aus qualitativer Forschung der GMS gestützt: Demnach herrscht zwar tiefe Besorgnis über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise, vor allem auf den Arbeitsmarkt, das persönliche Verhalten im Alltag (z.B. im Hinblick auf größere Anschaffungen) wurde zumindest bislang jedoch kaum verändert.

Wegen der im nächsten Jahr befürchteten Folgen wird die Finanzkrise aller Wahrscheinlichkeit nach zusammen mit dem Themenkomplex Wirtschaft und Arbeit die Agenda der Bundestagswahl bestimmen. In jedem Fall ist neben diesen Auswirkungen das Vertrauen in das Bankensystem und oft auch in die eigene Hausbank nachhaltig gestört.



3.2 Einflussmöglichkeiten und Bewertung des Krisenmanagements der Politik

Etwa acht von zehn Bundesbürgern sind der Meinung, das Finanzsystem sei so undurchsichtig geworden, dass es sich dem Verständnis der Bürger völlig entzieht (Quelle: IfD Allensbach). Daher verwundert es nicht, dass die Chancen einer Bewältigung der Krise und ihrer Folgen durch staatliche Akteure uneinheitlich eingeschätzt werden. Einerseits bescheinigen 62 Prozent der Deutschen der Regierung beim Krisenmanagement eine (sehr) gute Arbeit (weniger gut/schlecht: 30 Prozent) (Quelle: Infratest-dimap). Ebenfalls 62 Prozent äußern Vertrauen in die Fähigkeiten von Finanzminister Peer Steinbrück als Krisenmanager zur Rettung der Finanzmärkte (wenig/kein Vertrauen: 33 Prozent) (Quelle: Forsa). Sogar drei von vier Befragten finden, die Bundesregierung habe im Rahmen der Krise insgesamt schnell und entschlossen gehandelt (Quelle: Infratest-dimap).

Andererseits glauben aber nur 29 Prozent, dass Angela Merkels Zusage für eine staatliche Garantie privater Spareinlagen auch bei einer Verschärfung der Krise Bestand haben wird (nein: 66 Prozent) (Quelle: Infratest-dimap). Zudem äußert nur jeder Zweite Vertrauen, dass die Demokratie die aktuellen Probleme bewältigen kann (siehe Abbildung 3).

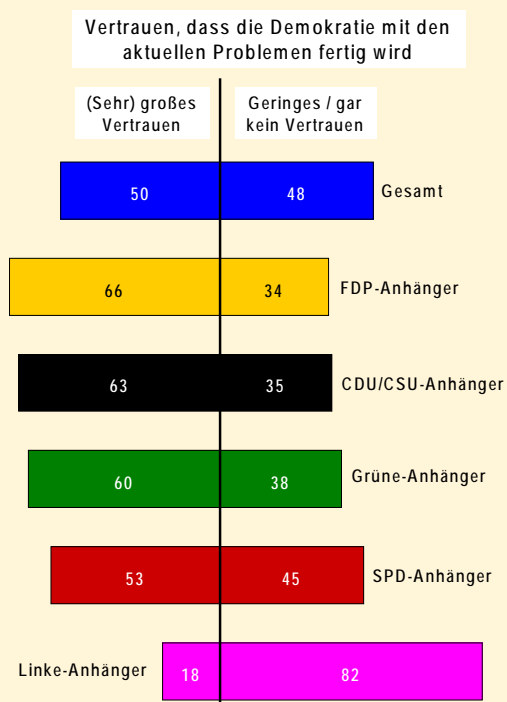
Im Hinblick auf die Lösungskompetenz der einzelnen Parteien gibt es angesichts der Größe, Internationalität und Komplexität der Problematik eine im Vergleich mit anderen Sachthemen noch größere Beurteilungsunsicherheit und erhebliche Kompetenzdefizite. Zwar traut etwa jeder dritte Bundesbürger (32 Prozent) die Lösung der Finanzmarktkrise bzw. deren Auswirkungen am ehesten der CDU/CSU zu. Weitere elf Prozent setzen auf die Fähigkeiten der SPD. Gut jeder Zweite vertraut in dieser Frage allerdings keiner Partei (29 Prozent) oder ist sich unsicher (24 Prozent) (Quelle: Forschungsgruppe Wahlen).

Im Hinblick auf das Krisenmanagement und die Einflussmöglichkeiten der Bundesregierung ist das Meinungsbild in gewisser Hinsicht gespalten. Das Krisenmanagement der Regierung wird wegen des raschen und entschlossenen Vorgehens ausgesprochen positiv beurteilt. Hierbei konnte die Politik ein erhebliches Stück Vertrauen zurückgewinnen. Diesem auch durch qualitative Forschung der GMS bestätigten Vertrauensgewinn stehen aber zwei Aspekte entgegen: Zum einen wird der Politik vorgeworfen, problematische und für die Krise als ursächlich ausgemachte Vorgänge auf dem Finanzmarkt (z.B. Hedge-Fonds), in der Wirtschaft (z.B. hohe Managergehälter) und in den Banken (z.B. Bonussysteme für Mitarbeiter) zu wenig kontrolliert, zu lange toleriert oder gar unterstützt zu haben. Zum anderen sinkt in weiten Teilen der Wählerschaft das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik bei dieser Krise und auch das Vertrauen, dass Angela Merkels Zusage für eine staatliche Garantie privater Spareinlagen auch bei einer Verschärfung der Krise eingehalten wird.

Abbildung 3

GMS

Kritische Sicht der Einflussmöglichkeiten der Demokratie*



*Quelle: Infratest-dimap Oktober 2008

3.3 Akzeptanz von Lösungsansätzen und -vorschlägen

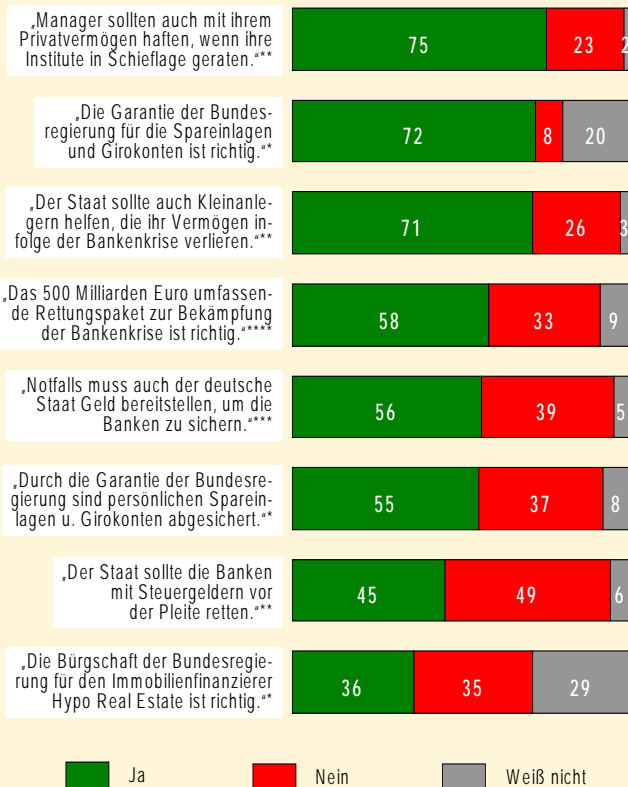
Verschiedene Maßnahmen gegen die Krise werden in der Bevölkerung unterschiedlich bewertet (siehe Abbildung 4, Seite 8). Auf Zustimmung stoßen vor allem solche Vorschläge und Maßnahmen, die zur Absicherung des einzelnen Bürgers beitragen sollen wie z.B. die staatlichen Garantien für private Spareinlagen. Staatliche Bürgschaften für Banken werden hingegen generell und vor allem im Falle der Hypo Real Estate deutlich kritischer betrachtet. Das unlängst von der Bundesregierung beschlossene Rettungspaket wird allerdings ungeachtet dieser Vorbehalte mehrheitlich befürwortet, auch wenn sich immerhin jeder Dritte kritisch hierzu äußert.



Abbildung 4

GMS

Einschätzung verschiedener Maßnahmen gegen die Banken- und Finanzkrise



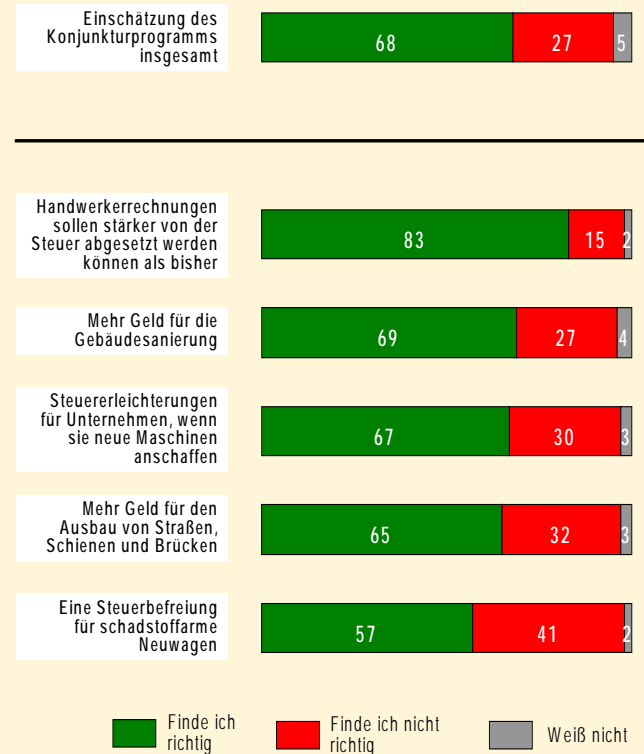
Quellen: * FGW, Oktober 2008 ** Emnid Oktober 2008
*** Infratest-dimap Oktober 2008 **** TNS Forschung Oktober 2008

Auch das geplante Konjunkturprogramm zur Stützung der Wirtschaft im Rahmen der Finanzkrise befürworteten rund zwei Drittel grundsätzlich (68 Prozent) (siehe Abbildung 5). Auch einzelne Inhalte des Programms finden durchweg hohe Zustimmung. Das gilt vor allem für die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, aber auch für Investitionen in Gebäudesanierung, Beschaffung neuer Maschinen durch Unternehmen und staatliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Sogar die Kfz-Steuerbefreiung wird in diesem Zusammenhang noch von etwa sechs von zehn Befragten begrüßt.

Abbildung 5

GMS

Hohe Zustimmung auch für Einzelaspekte des Konjunkturprogramms



Quellen: Infratest-dimap Deutschlandtrend November 2008

3.4 Auswirkungen auf politische Einstellungen

Es gehört zu den gesicherten Erkenntnissen der Demoskopie, dass in Folge von wirtschaftlichen Schieflagen, Umweltkatastrophen, Seuchen oder anderen Vorfällen, die eine Gefährdung oder Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder des einzelnen Bürgers nach sich ziehen, der Ruf nach verstärkter staatlicher Kontrolle und Regulierung lauter wird. Dies gilt auch für die Finanzkrise, die eine sehr hohe Akzeptanz für staatliche Interventionen zur Folge hatte. So sprach sich z.B. in Nordrhein-Westfalen kürzlich mit 86 Prozent der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung für eine stärkere staatliche Kontrolle der Finanzmärkte aus (nein: 13 Prozent) (Quelle: Infratest-dimap). In einer bundesweiten Umfrage stimmt zudem etwa jeder zweite Bundesbürger (51 Prozent) der Aussage zu, der Staat solle sich an den größten und wichtigsten Unternehmen beteiligen, damit er mehr Einfluss auf die Wirtschaft nehmen kann (Quelle: Infratest-dimap).



Darüber hinaus ist die Zustimmung zu staatlichen Interventionen schon seit 2005 spürbar angewachsen: Mittlerweile sind 37 Prozent der Bundesbürger der Auffassung, der Staat greife hierzulande zu wenig in die Wirtschaft ein – unter den Anhängern der Linkspartei sind es sogar 60 Prozent (siehe Tabelle 3). Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse ist zu fragen, ob sich die Finanzkrise nicht nur auf Einstellungen zu staatlicher Regulierung und Kontrolle, sondern auch auf die Grundhaltungen zur Sozialen Marktwirtschaft auswirkt.

Tabelle 3

GMS

*Wachsende Unterstützung für staatliche Interventionen**

	Bevölkerung gesamt			Anhänger der Linkspartei Oktober 2008
	2005	März 2008	Oktober 2008	
Staat greift zu viel ein	28	18	8	6
Zu wenig	25	30	37	60
Gerade richtig	20	27	23	9
Unentschieden, keine Angabe	27	25	32	25

* Quelle: IfD Allensbach, Oktober 2008

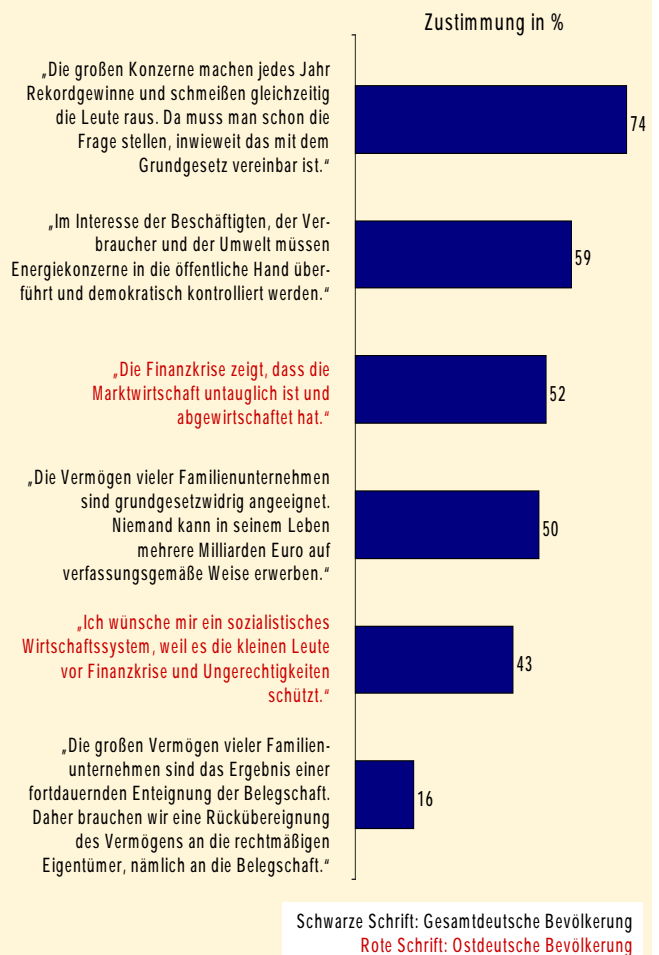
Aus regelmäßigen Umfragen zu diesem Thema ist bekannt, dass die positiven Grundhaltungen zur Sozialen Marktwirtschaft bereits wegen der Folgen der Globalisierung in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufig waren. So hatten einige Monate vor der Finanzkrise im Juni dieses Jahres 38 Prozent der Bundesbürger „keine gute Meinung“ von der Sozialen Marktwirtschaft. Nur noch 31 Prozent äußerten „eine gute Meinung“. Zu Jahresbeginn lag der Anteil der positiven Urteile nur noch bei noch 39 Prozent der Befragten. Ende September zwei Wochen nach der Insolvenz von Lehman Brothers gaben 42 Prozent der Deutschen an, dass sich ihr Vertrauen in die freie Marktwirtschaft in den letzten Wochen weiter verschlechtert habe (gleich geblieben: 56 Prozent, verbessert: ein Prozent) (Quelle: TNS Forschung).

So wird aus einer bundesweiten und einer in Ostdeutschland durchgeführten Umfrage erkennbar, dass verschiedene Zitate und Forderungen linker Spitzenpolitiker wie Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht, die sich mit der Marktwirtschaft und den wirtschaftlichen Vermögensverhältnissen in Deutschland kritisch bis ablehnend auseinandersetzen, auf teils bemerkenswert hohe Zustimmung stoßen (siehe Abbildung 6). Eine Verstaatlichung und „demokratische Kontrolle“ von Energiekonzernen finden fast sieben von zehn Befragten unproblematisch. Zudem werden mehrheitlich die Vereinbarkeit von Rekordgewinnen mit dem Grundgesetz und die Rechtmäßigkeit des Erwerbs großer Vermögen angezweifelt.

Abbildung 6

GMS

*Grundlegende Kritik auch am System der Marktwirtschaft**



*Quellen: IfD Allensbach (Gesamtdeutschland) und Institut für Marktforschung Leipzig (Ostdeutschland), jeweils Oktober 2008

Erst wenn die Semantik der Aussagen zu offensichtlich an die ideologischen Grundsätze der DDR anknüpft („Rücküberweisung des Vermögens an die Belegschaft von Unternehmen“), distanziert sich der eindeutig größte Teil der Befragten (Quelle: IfD Allensbach).

In Ostdeutschland wird eine besonders massive Kritik am System der Marktwirtschaft erkennbar: Gut jeder Zweite sieht die Finanzkrise als Beweis für ein Versagen der Marktwirtschaft und 43 Prozent wünschen sich sogar explizit ein sozialistisches Wirtschaftssystem. Bemerkenswert ist zudem, dass sich diese „Sehnsucht nach dem Sozialismus“ in Ostdeutschland nicht etwa nur auf die Anhänger der Linkspartei erstreckt. Mit 68 Prozent ist sie bei Anhängern der Linken zwar am höchsten, aber auch Wähler von SPD (42 Prozent), Grünen (31 Prozent), FDP (29 Prozent) oder CDU (26 Pro-



zent) weisen an dieser Stelle erstaunlich hohe Zustimmungswerte auf (Quelle IfM Leipzig).

Die Finanzkrise hat somit bei vielen Bürgern unverkennbar die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft negativ beeinträchtigt und den Ruf nach mehr staatlicher Kontrolle und Regulierung einschließlich sozialistischer Politikansätze mit Verstaatlichung großer Schlüsselindustrien lauter werden lassen.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND LEHREN

Welche Schlussfolgerungen und Lehren können aus den bis dato verfügbaren demoskopischen Befunden zur Finanzkrise gezogen werden?

Zuerst einmal dürfte sich das ohnehin bereits angespannte Wirtschaftsklima in Deutschland bei einem Fortdauern der Finanzkrise und negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft weiter verschlechtern. Insgesamt spricht vieles dafür, dass die Krise zu einer echten Rezession mit einem nachhaltigen Einbruch der ökonomischen Einschätzungen führen könnte.

Die Finanzkrise besitzt mit den damit verbundenen negativen Folgewirkungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt für die meisten Bundesbürger hohe Relevanz, obwohl man nicht persönliche Betroffenheit befürchtet. Wegen der im nächsten Jahr erwarteten Folgen wird die Finanzkrise jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach zusammen mit dem Themenkomplex Wirtschaft und Arbeit die Agenda der Bundestagswahl bestimmen und andere Themen in den Hintergrund drängen.

In jedem Fall ist neben diesen Auswirkungen das Vertrauen in das Bankensystem generell – und oft auch in die eigene Hausbank – nachhaltig gestört.

Die Politik konnte im Gegensatz dazu wegen des raschen und entschlossenen Vorgehens und ihres Krisenmanagements ein erhebliches Stück Vertrauen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Dessen ungeachtet fehlen in weiten Teilen der Wählerschaft weiterhin das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik bei dieser Krise und auch das Vertrauen, dass Angela Merkels Zusage für eine staatliche Garantie privater Spareinlagen auch bei einer Verschärfung der Krise eingehalten wird.

Besondere Sorge bereiten sollten darüber hinaus vor allem das sinkende Vertrauen in das System der (Sozialen) Marktwirtschaft und die hohen, tendenziell wachsenden Zustimmungswerte für sozialistische Ideen und Ordnungssysteme. Diese Entwicklung resultiert aus der Annahme, dass die Soziale Marktwirtschaft die jüngsten Fehlentwicklungen zugelassen hat und in Zeiten der Globalisierung ohnehin schon

weitgehend obsolet geworden ist. Hier gibt es erheblichen Klärungs- und Erklärungsbedarf, um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wieder mit Leben zu füllen.

Ob die jüngsten Entwicklungen und daraus eventuell noch resultierende Folgen tatsächlich „Wasser auf die Mühlen der Linken“ bedeuten (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Oktober 2008), kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. In den letzten Monaten lag die Linkspartei in den Sonntagsfragen jedenfalls durchweg deutlich über ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005 (8,7 Prozent). Mit 11 bis 13 Prozent hat sich Die Linke mittlerweile auch in Westdeutschland als fünfte politische Kraft im deutschen Parteiensystem etablieren können. Eventuell könnte eine Rezession in Deutschland mit erhöhter Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr aber auch dazu führen, dass bisherige Anhänger der Linkspartei ihre Träume wieder aufgeben und sich an Parteien orientieren, die eine in der Krise noch finanzierbare Sozialpolitik anbieten.

DER AUTOR

Dr. Helmut Jung

Der Geschäftsführer der GMS Dr. Jung GmbH blickt auf rund 35 Jahre Erfahrung, zunächst als Leiter der Abteilung Wahlforschung des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, später als Geschäftsführer mehrerer namhafter Marktforschungsinstitute (GfK, WPP, Sample/Inra), zurück.